

# Sozialhilfe wird Gemeindesache

**Die Bündner Regierung will den Bereich der Sozialhilfe und der Sozialberatung vollständig an die Gemeinden übertragen. Die Sozialorganisationen befürchten einen Leistungsabbau.**

Im Zuge der Bündner Neugestaltung des Finanzausgleichs ist vorgesehen, den Bereich der Sozialhilfe und der Sozialberatung vollständig auf die Gemeinden zu übertragen. Dies gab die Bündner Regierung gestern in ihrer Antwort auf eine Anfrage von SP-Grossrat *Mathis Trepp* (Chur) bekannt. Die Vernehmlassung des entsprechenden Reformprojekts dauert noch bis Ende Juli.

## Tiefe Missbrauchsquote

Trepp hatte sich über die Missbrauchsquote bei der Sozialhilfe in Graubünden erkundigt. Wie die Regierung dazu schreibt, wurden im letzten Jahr von den regionalen Sozialdiensten lediglich zehn Missbrauchsmeldungen erfasst. Die Regierung geht davon aus, dass

die Quote wegen der Rollenteilung zwischen den Sozialdiensten und den Gemeinden «tiefer liegt als in den Stadtkantonen». Die soziale Kontrolle wirke in bündnerischen Verhältnissen besser als in der Anonymität einer Grossstadt. Eine Intensivierung der Missbrauchskontrolle in der Sozialhilfe liege in erster Linie im Interesse und in der Verantwortung der Gemeinden, die für die Festlegung der Sozialhilfebeiträge zuständig seien und schon heute den grösseren Kostenanteil tragen würden.

## Gezielte Stichproben sinnvoll

Heute ist die Kontrolle je nach Grösse und Art der Gemeinde unterschiedlich, wie die Regierung weiter schreibt. In übersichtlichen Strukturen funktioniere sie ohne zusätzliche Kontrollen auch im Rahmen der üblichen, administrativen Fallbearbeitungen. In grösseren Gemeinden seien gezielte Stichproben und Überprüfungen sinnvoll.

Besorgt über das Vorhaben, die Sozialhilfe vollständig den Kommunen zu übertragen, ist Avenir Social Graubünden, der Berufsverband der Sozialen Arbeit. Der

Verband befürchtet, dass das Reformprojekt Bündner NFA die Sozialberatung im Kanton Graubünden gefährdet. Die Verschiebung der Sozialdienste zu den Gemeinden werde «einen drastischen Leistungsabbau» zur Folge haben. Auch die Gefahr des missbräuchlichen Sozialhilfebezugs werde steigen.

## Gegen Abbaupläne

Die Bündner NFA bedeute einen regelrechten «Kahlschlag im Sozialbereich». Unter anderem sollten die kantonalen Regionalen Sozialdienste aufgelöst, die Mutterschaftsbeiträge gestrichen und qualitative Anforderungen an Sozialberatung und Kinderbetreuung gestrichen werden, schreibt Avenir Social Graubünden in einer Stellungnahme von gestern. Der Berufsverband befürworte eine Neuordnung der historisch gewachsenen Aufgaben- und Finanzströme, lehne aber «die in der Bündner NFA versteckten Abbaupläne» vehement ab. Betroffen davon seien gemäss Sozialhilfestatistik vor allem notleidende Kinder, Familien und auch Menschen mit Behinderungen. (er)